

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

"Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pf. für die einspaltige
Pettizelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
"Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 27.

Sonnabend, den 5. Juli 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Über den Abschluß einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten, die Mitteilungen müssen kurz und klar formuliert sein. Dauersperren werden nicht veröffentlicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperrung verlangt, so muß allzuhäufig darüber berichtet werden.

Gesperrt sind in Ibbenbüren Firma Braun & Schweißg, in Eberfeld Gomann Werke in Wohwinkel für Marmorarbeiter.

Stettin. Die Firma Gust. Görsch-Söhne weigert sich, auf ihrem Werkplatz geregelte Zustände einzuführen. Die dort beschäftigten Steinarbeiter haben deshalb den Betrieb verlassen. Der Platz ist für Verbandsmitglieder gesperrt.

Im Streik stehen die Kollegen in:

Köln: Marmorarbeiter. Für die Sandsteinarbeiter wurde eine Einigung erzielt.

Rammelsbach (Wfz). Seit dem 4., 7. bzw. 10. Juni stehen die Kollegen von Lauterecken, Rammelsbach und vom Remigiusberg im Streik. In dem ganzen Steinbruchgebiet kommen circa 600 Kollegen in Frage.

Görlitz. Ab 22. Juni stehen die Kollegen von der Firma Scholz Nachf. im Streik. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß brachten keine Einigung.

In Mühlhausen-Langensalza, Oberdorla.

In Hanzenberg und Hemmerau laut Telegramm, Gründe sind nicht bekannt.

Rostock. Seit 10. Juni ruht in den hiesigen Betrieben die Arbeit. Gefordert sind 50 Pf. auf die Stundenlöhne und Erhöhung der Leuerungszuschläge um 50 Prozent. Die verlangten Stundenlöhne entsprechen den Löhnen der Bauarbeiter.

Hohenbach a. M. Bei der Firma Möll befinden sich 23 Kollegen im Ausstand.

Dortmund. Der Streik ist durch eine neue Vereinbarung mit der Direktion der Westdeutschen Marmor- und Granitwerke beigelegt. — Für die Gräbsteineingeschäfte wurden neue Forderungen eingereicht im ganzen Stadtgebiet.

Braunschweig. Durch Schiedsspruch wurde festgelegt, daß ab 21. Juni den Steinmeiern ein Stundenlohn von 2.25 M. zu zahlen ist. Die Kollegen haben den Schiedsspruch angenommen. Die Entscheidung der Unternehmer steht noch aus.

Leipzig. Der Reichstarif für die deutschen Granitschleifereien ist am 27. Juni abgeschlossen. Ertritt am 1. Oktober in Kraft und gilt bis 31. Juli 1921. Siehe Bericht.

Erledigte Bewegungen:

Saalfeld. Der Stundenlohn wurde für Jugendliche um 15 Pf. und für Verheiratete um 20 Pf. erhöht.

Höchster Berg. Der Stundenlohn wurde für alle Arbeiter um 25 Pf. erhöht. Auf Akkordarbeit kommen weitere 30 Prozent Zuschlag.

Herrenhaide-Limbach. Der Stundenlohn für Brecher usw. wurde auf 1.75 M. erhöht, für Hilfsarbeiter auf 1.50 M.

Penig. Vom 30. Juni ab beträgt der Lohn für alle Steinarbeiter 1.60 M.; für Hilfsarbeiter 1.45 M. pro Stunde.

In München ist nunmehr ein Tarif zum Abschluß gekommen.

Die Verhandlungen über den Reichstarif für die deutschen Granitwerke und -Schleifereien

Am 17. Juni haben, wie bereits aus einer Notiz in der vorigen Nummer des Steinarbeiters ersichtlich war, die zentralen Verhandlungen über den in der Überschrift näher bezeichneten Tarif begonnen. Die Verhandlungen wurden geführt zwischen dem Verband Deutscher Granitwerke E. V. Sitz Karlsruhe (Wfz) und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Das Reichsarbeitsministerium hatte auf Antrag als unparteiischen Verhandlungsteiler Herrn Regierungs- und Bauamt Max Guth aus dem Ministerium für öffentliche Arbeiten (Berlin) bestellt. Die Beratungen fanden statt im Hotel Sachsenhof zu Leipzig.

Vom Verband Deutscher Granitwerke nahmen an den Verhandlungen teil Herr Direktor Francke, Karlsruhe, Geschäftsführer des betreffenden Verbandes, ferner aus dem Hochelgebirge die Herren Jahn, Popp, Brügner und Techniker Wolf; aus der Wüste die Herren Kumpf, Schöps, Einholz und Techniker Liers; aus dem Odenwald die Herren Römer, Kreuzer und Techniker Bäckers; aus Rostock Herr Lüders. In den letzten Tagen der Verhandlungen waren noch Herr Direktor Wölzel aus Schlesien und Herr Hartmann aus Sachsen.

Von unserem Verbande waren als Teilnehmer vertreten: die Kollegen Staudinger und Siebold vom Vorstand, der Kollege Schmidt als Beauftragter. Dann aus dem Hochelgebirge die Kollegen Knittel, Steinmeier, Sommer, Handschleifer, Baumgärtel, Maschinenschleifer. Aus der Wüste die Steinmeier-Kollegen Meißner, Schröder, Paul und Gustav Schwarze, Schleifer. Der Odenwald hatte delegiert die Kollegen Blaubach und Roth als Steinmeier und Kürz, Schleifer. Außerdem waren anwesend aus Karlsruhe der Kollege Degenhardt und Kähler aus Rostock, beide Steinmeier.

Die Vertreter des Verbandes Deutscher Granitwerke waren bereits einige Tage vor dem 17. Juni zusammengekommen um ihre Meinungen zu der Angelegenheit zu klären. Den Eingeweihten in der schwierigen

Materie des Reichstarifs war bewußt, daß es für die Arbeitgeber aus den Granitschleifereien von den verschiedenen Bezirken Deutschlands, nicht so einfach war, über alle die Schwierigkeiten, die ein Reichstarif nun einmal bietet, hinwegzukommen. Dazu war die bisherige Entlohnung und vor allen Dingen die bisherige Berechnungsart der Akkordarbeit der Bezirke unter sich zu verschieden; ferner ist auch die gegenseitige Konkurrenz nicht mit einer Handbewegung beiseite zu schließen. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und es kann gelöst werden, daß die Vertreter des Verbandes deutscher Granitwerke ernstlich bemüht gewesen sind, den Reichstarif zu verwirklichen. Sicher haben die Vorgänge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in Deutschland dazu beigetragen, daß der Gedanke des Reichstarifs, der von unserem Verbandsvorstand angeregt und durch die Vorlage in feste Form gekommen ist schneller ausreiste, als es wohl unter den früheren Verhältnissen wahrscheinlich gewesen wäre.

Nicht minder schwierig war es auch auf Seiten unseres Verbandes alle die Gegenseitigkeit zu überbrücken, die sich bei Auseinandersetzung der Parteien der Kollegen an die Arbeitgeber aus Granitschleifereien, die Bezirke als Konkurrenz gegenüberstellten. Früher wurden bei allen Forderungen der Kollegen an die Arbeitgeber aus Granitschleifereien, die Bezirke als Konkurrenz gegenübergestellt. In der Wurzib hieß es: Ja, das Fichtelgebirge, und im Fichtelgebirge mußte der Odenwald herhalten, oder es war auch umgekehrt. In den Städten Norddeutschlands wurde mit Recht auf die Orte Süddeutschlands verwiesen. Nunmehr soll dies abgeholt werden durch die einheitliche Regelung, an der alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Granitschleiferei-Branche gleiches lebhaftes Interesse haben; wenn auch jede Partei aus anderen Motiven. Auch die Vertreter unseres Verbandes haben in den Reichstarifverhandlungen es wohl verstanden sich der Sachlage anzupassen, trotz aller Gegensätzlichkeit, die manchmal recht scharf in Erscheinung trat. Es kann wohl bemerkt werden, ohne damit einzudringen, daß es im Verlangen auf der einen Seite und im Bevollmächtigen auf der andern Seite eine gewisse Grenze gibt, die dort anfangt, wo die Herstellung bestimmter Arbeiten sich nicht mehr lohnt. Hinzu kommt, daß die Arbeit, die von den Granitschleifereien hinausgeht, keine Bedarfsartikel sind, die von der täglichen Lebensnotdurft verlangt werden, sondern alle die bunten, glänzenden und blanken Ge steine, die in den verschiedenen Formen und Mustern mit technischer, ja künstlerischer Vollendung gearbeitet, auf den Markt geworfen werden, dienen einem Bedürfnis, das in den meisten Fällen bei einzelnen Menschen erst dann entsteht, wenn sie ausreichend hat, gut gelebt sind, gut wohnen und auch sonst vom Leben gerade nicht an die Wand gedrückt sind. Deshalb haben beide Teile der Parteien, die sich in den Tarifkontrahenten vereinigen, die Wucht, wenn einer der Beruf nicht zu gleichmäßig ist, gegen seitig durch ein Hard-in-Hard-Arbeiten alle Hindernisse zu beseitigen, die den Absatzmöglichkeiten im Wege stehen. (Auslandskonkurrenz, Frikofessorordnungen und dergleichen mehr.)

Die es nun zur gemeinsamen Beratung ging, haben auch unsere Vertreter eine Vorbesprechung abgehalten, in der besonders die veränderte

Situation — seit Ausarbeitung des Reichstarifentwurfs 1918 und dem

jetzigen Verhandlungstermin — einer eingehenden Wiedergabe unterzogen wurde. Der Tarifentwurf basiert in der Hauptsache auf die

Glieder- und Flächenermittlung, ist also ein vollkommen technisch aufgebauter Akkordtarif. Gegen die Akkordarbeit überhaupt hat sich nun be

sonders in letzter Zeit eine starke Strömung geltend gemacht, die nicht

unbedacht bleiben kann und die nicht zu wenigen genügt wird aus

Wortkommunikation aus der Vorkriegszeit. Ferner durch die verschieden

artig aufgebauten Tarife und ihrer daraus sich ergebenden Entstehung.

Dem Wfz, besonders der Steinmeiern bei komplizierten Arbeitsstunden, dem Warten auf neue Arbeitstücke, dem Aufbauen, der Verteilung

des Arbeit und anderes mehr.

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

Am 17. Juni begonnen nun die gemeinsamen Verhandlungen. Der Raum gestattet uns nicht, diese so eingehend in allen Details zu bringen, wie es vielleicht wünschenswert ist. Wir müssen uns beschränken und bringen nur die wesentliche aus den Verhandlungen, damit die interessierten Kollegen in großen Umrissen ein Bild davon haben. — Herr

Direktor Francke eröffnete die Sitzung und wies in seinen einleitenden Worten auf die außerordentlich wichtige Tagung hin. Es sei

wohl die wichtigste Beratung, die je in unserer Branche, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogen worden sei. Die Materie sei schwierig, er habe aber trocken die Hoffnung, daß wir in dieser

Zeit uns verstehen. Nachdem nun die üblichen Formalitäten

erledigt und Herr Regierungsrat M. Guth die Leitung der Verhandlungen übernommen, begründete unter Verbandsvorstande, Kolleg Staudinger, folgenden Tarif:

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

Am 17. Juni begonnen nun die gemeinsamen Verhandlungen. Der Raum gestattet uns nicht, diese so eingehend in allen Details zu bringen, wie es vielleicht wünschenswert ist. Wir müssen uns beschränken und bringen nur die wesentliche aus den Verhandlungen, damit die interessierten Kollegen in großen Umrissen ein Bild davon haben. — Herr

Direktor Francke eröffnete die Sitzung und wies in seinen einleitenden Worten auf die außerordentlich wichtige Tagung hin. Es sei

wohl die wichtigste Beratung, die je in unserer Branche, zwischen

Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogen worden sei. Die Materie sei schwierig, er habe aber trocken die Hoffnung, daß wir in dieser

Zeit uns verstehen. Nachdem nun die üblichen Formalitäten

erledigt und Herr Regierungsrat M. Guth die Leitung der Verhandlungen übernommen, begründete unter Verbandsvorstande, Kolleg Staudinger, folgenden Tarif:

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

Am 17. Juni begonnen nun die gemeinsamen Verhandlungen. Der Raum gestattet uns nicht, diese so eingehend in allen Details zu bringen, wie es vielleicht wünschenswert ist. Wir müssen uns beschränken und bringen nur die wesentliche aus den Verhandlungen, damit die interessierten Kollegen in großen Umrissen ein Bild davon haben. — Herr

Direktor Francke eröffnete die Sitzung und wies in seinen einleitenden Worten auf die außerordentlich wichtige Tagung hin. Es sei

wohl die wichtigste Beratung, die je in unserer Branche, zwischen

Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogen worden sei. Die Materie sei schwierig, er habe aber trocken die Hoffnung, daß wir in dieser

Zeit uns verstehen. Nachdem nun die üblichen Formalitäten

erledigt und Herr Regierungsrat M. Guth die Leitung der Verhandlungen übernommen, begründete unter Verbandsvorstande, Kolleg Staudinger, folgenden Tarif:

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

Am 17. Juni begonnen nun die gemeinsamen Verhandlungen. Der Raum gestattet uns nicht, diese so eingehend in allen Details zu bringen, wie es vielleicht wünschenswert ist. Wir müssen uns beschränken und bringen nur die wesentliche aus den Verhandlungen, damit die interessierten Kollegen in großen Umrissen ein Bild davon haben. — Herr

Direktor Francke eröffnete die Sitzung und wies in seinen einleitenden Worten auf die außerordentlich wichtige Tagung hin. Es sei

wohl die wichtigste Beratung, die je in unserer Branche, zwischen

Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogen worden sei. Die Materie sei schwierig, er habe aber trocken die Hoffnung, daß wir in dieser

Zeit uns verstehen. Nachdem nun die üblichen Formalitäten

erledigt und Herr Regierungsrat M. Guth die Leitung der Verhandlungen übernommen, begründete unter Verbandsvorstande, Kolleg Staudinger, folgenden Tarif:

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

Am 17. Juni begonnen nun die gemeinsamen Verhandlungen. Der Raum gestattet uns nicht, diese so eingehend in allen Details zu bringen, wie es vielleicht wünschenswert ist. Wir müssen uns beschränken und bringen nur die wesentliche aus den Verhandlungen, damit die interessierten Kollegen in großen Umrissen ein Bild davon haben. — Herr

Direktor Francke eröffnete die Sitzung und wies in seinen einleitenden Worten auf die außerordentlich wichtige Tagung hin. Es sei

wohl die wichtigste Beratung, die je in unserer Branche, zwischen

Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogen worden sei. Die Materie sei schwierig, er habe aber trocken die Hoffnung, daß wir in dieser

Zeit uns verstehen. Nachdem nun die üblichen Formalitäten

erledigt und Herr Regierungsrat M. Guth die Leitung der Verhandlungen übernommen, begründete unter Verbandsvorstande, Kolleg Staudinger, folgenden Tarif:

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

Am 17. Juni begonnen nun die gemeinsamen Verhandlungen. Der Raum gestattet uns nicht, diese so eingehend in allen Details zu bringen, wie es vielleicht wünschenswert ist. Wir müssen uns beschränken und bringen nur die wesentliche aus den Verhandlungen, damit die interessierten Kollegen in großen Umrissen ein Bild davon haben. — Herr

Direktor Francke eröffnete die Sitzung und wies in seinen einleitenden Worten auf die außerordentlich wichtige Tagung hin. Es sei

wohl die wichtigste Beratung, die je in unserer Branche, zwischen

Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogen worden sei. Die Materie sei schwierig, er habe aber trocken die Hoffnung, daß wir in dieser

Zeit uns verstehen. Nachdem nun die üblichen Formalitäten

erledigt und Herr Regierungsrat M. Guth die Leitung der Verhandlungen übernommen, begründete unter Verbandsvorstande, Kolleg Staudinger, folgenden Tarif:

Nach eingehender Besprechung des Für und Wider wurde be

schlossen, den ernstlichen Versuch zu unternehmen, die Verhandlungen

über den Reichstarif auf der Grundlage des Zeilstohnsystems zu führen.

</

zu vermeiden. Die Begleitschreiben des Zahlstelles wurden ebenfalls einer Kritik unterzogen und der oberflächliche und fühlmeisterliche Ton darin gerügt!

Reichsbund sprach in längeren Ausführungen für Einheitung des Achtstundentages sowie gegen sogenannte Doppelschichten, wie sie beispielsweise bei Bergleuten vorkommen, die erst in der Grube und dann noch Stunden in der Steinbearbeitungsindustrie arbeiten. Schließlich sollen die Kollegen ein Augenmerk auf die Nebenarbeiten nach Feierabend halten, die meist noch außerordentlich billig gemacht werden. Die Debatte in der Konferenz bewegte sich sodann auf dem Gebiete der Lohnbewegungen, wobei besprochen wurde, daß die Christuskirche die Unlosen der vielen kurz aufeinanderfolgenden Lohnbewegungen zu tragen hätten und 12 Proz. der am Ort bleibenden Beiträge nicht ausreichten, die Kosten zu bedecken. Dazu wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

"Um den Zahlstellen eine größere Selbständigkeit zu schaffen, stellen wir den Antrag, 50 Proz. der Beiträge am Ort zu lassen, um bei Lohnbewegungen unabhängiger wie bisher handeln zu können. Dieser Antrag gilt für den nächsten Verbandsstag."

Zahlstelle Düsseldorf.

Betrifft der Aussprache mit der Freien Vereinigung der Steinarbeiter Düsseldorfs beschloß die Konferenz, je einen Delegierten von den Zahlstellen am Sonntag, dem 6. Juli 1919, nach Düsseldorf zu senden. Ein Teilnehmer des Verbandsstages 1914 teilte sehr scharf die Haltung und das Gebaren der damaligen Tagung, wie die Leitung die Verhandlungen vollständig beherrschte und Oppositionen nicht aufkommen ließ. Die anwesenden Delegierten sprachen sich dahin aus, daß die Zahlstellen geeignete Leute zu den Verbandsstagen schicken, die selbständig und energisch ihre Meinungen vertreten. Dazu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die Konferenz erklärt sich mit der Geschäftsführung der Zentralen nicht einverstanden und beantragt in nächster Zeit einen außerordentlichen Verbandsstag einzuberufen. Dieser Verbandsstag soll darüber bestimmen, wie unser Statut am besten umgedeutet werden kann, um dem Verlangen der Kollegen nach Selbständigkeit innerhalb des Verbandes Rechnung zu tragen und dadurch den Berücksichtigungsbedürfnissen und -bewegungen mehr entgegenzutreten zu können. Die Konferenz findet die Bewormung seitens der Zentralen in vielen Fällen als eine lästige Fessel und dem neuen Geist der Arbeiterbewegung als hinderlich. Wir fordern die Kollegen von ganz Deutschland auf, hierzu Stellung zu nehmen, damit so bald wie möglich Verhältnisse innerhalb unseres Verbandes geschaffen werden, seitens der Kollegen selbst, die der heutigen Zeit entsprechend zum Nutzen des Deutschen Steinarbeiterverbandes sind."

Koch-Düsseldorf.

Bei der weiteren Debatte wurde angeregt, daß in den Zahlstellen die Kollegen an die Stadtverwaltungen herantreten sollen, wodurch Teilnahme und Wahl in die Friedhofskommissionen, um so einen Einfluß in die örtlichen Bestimmungen und auf Vergabeung von Arbeitsnugen zu können. Angeregt wurde, ferner, bei Tarifabschlüssen die Lohnarbeiterfrage mit zu regeln, da diese Frage in manchen Orten eine brennende ist. Es wurden auch Fälle von Nichteinhaltung der Tarife angeführt. Bei diesen Ausführungen vertrat Bentler-Eberfeld den Standpunkt, daß den außerordentlichen Organisationen stehenden Unternehmern nach den jetzigen Gesetzesbestimmungen nicht die Verpflichtung obliegt, die Tarifabschlüsse zu halten, und es empfehlte sich, vor diesen Aufsehterstern bei Tarifabschlüssen diese unterschreiten zu lassen, damit auch sie an die Bedingungen gebunden sind. Die Tarife gelten nur da für Aufsehter, wo der Tarif vom Reichsamt bestätigt ist. Auch Selbstübung ist bei Nichteinhaltungen von Tarifbestimmungen oftmaals angebracht, wie ein Delegierter von Eberfeld ansprach. Dort hatte ein Unternehmer noch unorganisierte Arbeiter und bezahlte unter Tarif. Nachdem andere Betriebsungen nicht gefragt hatten, hörten sämtliche Steinarbeiter in allen Buden eines Nachmittags um 3 Uhr auf, zogen in einem Demonstrationszuge nach dieser jährlangen Rude, und die Sache wurde prompt erledigt, der Unternehmer erklärte, sofort zu bezahlen, und die Arbeiter wurden in unserm Verband aufgenommen. Bei ähnlichen Fällen zur Nachahmung empfohlen. Nach einem wortreichs Schluswort Herrmanns schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Aumerlung des Schriftführers: Es war mir nicht möglich, die teilweise trefflichen Ausführungen aller Kollegen wiederzugeben. Die Konferenz bewegte sich in der Debatte in sachlicher Form und einem hohen Niveau, welches beweist, daß der revolutionäre Geist in unseren Verbandskollegen noch herrscht, und die Zentralen tut gut, ihn gebührend zu beachten. Wo mein Bericht nicht vollständig sein sollte, bitte ich die Delegierten von der Konferenz, im Steinarbeiter dazu Stellung zu nehmen und zu berichtigten.

Bentler-Eberfeld.

Letzteres will die Redaktion auch gleich unternehmen. Der Schriftführer hatte dem Bericht auch noch die überflüssige Bewertung angehängt, daß er „sofort und ungünstig“ erscheint. Nur nicht so lärmisch! Sobiel Bewegungsfreiheit nach nun einmal die Redaktion haben, und es kann betraten werden, daß gerade diejenigen Schriftführer, die die ihre Berichte „ungekürzt und ungekürzt“ haben wollen, oft wohl selbst staunen würden, wenn sie nachher das Zeug saßen würden, wie es in der Redaktion eingestellt. Also, daß es Sache der Redaktion, ebenso mit dem „Sofort“. Aber abgesehen davon wäre es gewiß fairer gewesen, wenn an dem Sium der Ausführungen laut Bericht irgend etwas geändert worden wäre.

Die Beschlüsse in allen Ehren, auch den revolutionären Geist

lassen wir gelten, aber von einem „hohen Niveau“, wie der Schriftführer so schön bemerkte, finden wir leider nichts, vielleicht ist ihm dieses beim Riederschreiben im Tintenfaß stehengeblieben. — Die Verbandsleitung rügte leider von einer Vertretung auf der Konferenz absehen, weil die Reichsstatutarverhandlungen vom 17. Juni bis 26. Juni eine Delegation unmöglich machten. Wir bedauern das um so leidlicher, da sicher dann manche schwere Auseinandersetzung dort um Ort und Stelle richtiggestellt werden könnte. Soviel die Entlastung der Gauleiter, in der Krisenzeit seitens der Verbandsleitung kritisiert wurde, so mag man sich doch endlich damit zufrieden geben, durch die östere Wiederholung wird es doch nicht leichter, und im übrigen hat sich doch bereits im Oktober 1918 ein Verbandsstag damit beschäftigt, der Vorgang liegt Jahre zurück und ist doch wohl schon reichlich abgestanden. Es zeigt gerade nicht von besonderer Weitblick, wenn immer längst Abgedroschenes hervorgezerrt wird, sondern mutet recht kleinlich an. — Wie sieht es nun mit Düsseldorf und der Berechtigung zu der, man möchte bald sagen — lokalen Revolution, die von der Konferenz in dieser Angelegenheit geschlossen wurde. In Düsseldorf haben sich eine Anzahl Kollegen — es sollen wohl 90 sein — von unserem Verband losgetrennt und sich der sogenannten „freien Vereinigung“ angeschlossen. Sie sind also ausgetreten und haben nach unserer Auffassung in unsere Verbände gelegenheit nicht mehr hinzugedrungen und mitzuraten. Die Ausgetretenen selber haben es unseres Wissens auch gar nicht verlangt.

Von unserem Verbande und unserer Verbandsleitung lag nichts vor, was die betreffenden Kollegen zum Austritt bewog, das sei hiermit festgestellt. Die Verbandsleitung erhielt erst Kenntnis von der Angelegenheit, als der Austritt schon so gut wie vollzogen war. Nebenfalls haben hier Gründe mitgespielt, die äußerlich Natur waren und auf politischem Gebiet liegen. So bedeuerlich der Austritt auch ist, aber wer da glaubt, daß seine Berufsorganisation ihm nichts mehr nicht oder sich unter seinen Verbandskollegen nicht mehr wohlfühlt, na, den können wir auch nicht halten und wollen es auch nicht; denn mit was sollten wir ihn dann halten? Konzessionen gibt es nicht, das Statut gilt für alle. Vielleicht würden die Betreibenden sich auch schämen lassen, denn Äußersten ist jedem sein gutes Recht. Als nun die Konferenz angefecht war, fragte die Gauleitung an, wie die Verbandsleitung sich dazu stelle, wenn die Ausgetretenen durch eine Delegation auf der Konferenz vertreten wären. Unsere Stellung war einfach und klar. Wir haben davon abgeraten, weil Nichtmitglieder auf unseren Tagungen nichts zu suchen haben. Dagegen war die Verbandsleitung bereit, eine Befreiung mit den Düsseldorfer Kollegen, die sich der freien Vereinigung angeschlossen hatten, zu führen, — wenn sie es verlangen.

In dieser unserer Auffassung halten wir fest! Und dann seien wir doch aufrechtig: die Zulassung einer Delegation der freien Vereinigung auf der Konferenz und eine Auskraction über die Gründe des Austritts dort hätte eine Auseinandersetzung mit allen möglichen politischen und unpolitischen Gründen und Vorgängen vom Stand-

punkt der Ausgetretenen aus geschenkt, herbeigeführt; dazu sollte die Konferenz nach Ansicht der Verbandsleitung nicht dienen. Ob wir die Düsseldorfer zum Wiedereintritt bewegen hätten? Wir glauben es kaum. Die Konferenz hätte nicht vorwegend gewirkt, sondern gerichtet. Die Vorgänge in anderen Berufen haben ja genug gezeigt. Deshalb schließt auch die Auffassung, die auf der Konferenz laut dem Bericht zum Ausdruck gekommen ist, weit übers Ziel hinaus!

Wenn nun weiter kritisiert wurde, daß wir durch bestimmte Maßnahmen die wilden Streiks einzudammen suchten dadurch, daß die erhöhte eventuelle Streikunterstützung von der Antrufung der neuzeitlichen Schlichtungsinstanzen abhängig gemacht wird, so entspricht das ganz dem Auftrage, den die Verbandsleitung durch die Beschlüsse der Verbandsstage bekommen hat und die im Statut festgelegt sind. Daraus halten wir fest trotz aller Kritik! Es wäre, gesagt ausgedrückt, eine schöne Wirtschaft, und wir wären sicher schlechte Sachverwalter, wenn wir in dieser Hinsicht nicht für eine gewisse Ordnung eintreten würden. Wie man da von Reformierung reden kann, ist nicht recht verständlich, und es zeigt sich hierbei, wie alte, gleichzeitig sein wollende Gewerkschaften sich in ein anderes Fahrwasser drängen lassen. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Verbandsleitung bisher alles getan hat, um den Kollegen einen Ausgleich zwischen Lohn und Leistung zu schaffen zu helfen. Wir wehren uns nur gegen eine Anarchie in der Streikbewegung und -führung. Das liegt nicht in unserem persönlichen Interesse, sondern in dem der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes! Die Beschlüsse der Konferenz zeigen, wie es nicht gemacht werden soll, wenn Vernunft nicht zum Ursinn wird.

Ein Delegierter hat sogar auf der Konferenz festgestellt, daß — 1914 auf dem Verbandsstage die Opposition nicht aufkommen konnte! Soll man das wirklich ernst nehmen? Das heißt doch, die Gründe an den Haaren herbeiziehen, der Betreffende fühlt wohl kaum, wie sehr er sich damit selber bloßstellt. Weiter wollen wir dazu vorläufig nichts sagen!

Eine Konferenz hat wohl immer den Grundgedanken, Anregungen zu geben, die Agitation im Bezirk zu fördern, aufzubauen und den Organisationsgedanken zu vertiefen. Wir bezweifeln, nach dem Bericht zu urteilen, daß nur eins von dem verwirklicht worden ist. Kritik zu üben, ist ja leicht, besonders leicht, wenn es gegen die Verbandsleitung und ihre Maßnahmen geht. Heute heißt es mit zur Mode, daß man gegen seine eigene Gewerkschaft und ihre Leitung vom Leder zieht, je unverantwortlicher es geschieht, desto mehr Zustimmung in gewissen Kreisen. Aber das soll uns nicht abhalten, die Verbandsgefechte so zu leiten, wie wir glauben, es gegenüber dem Gesamtverband verantworten zu können, wie sind auch sicher, daß die Mehrzahl es nur gutheißen wird.

Redaktion.

Billigere Lebensmittel!

Aus Anlaß der Eisenbahnerbewegung, die in der vergangenen Woche in der Reichshauptstadt spontan einzog und das ganze Verkehrs- und damit das Wirtschaftsleben lähmte, drohte, weil die Bewegung sich nicht nur auf Berlin beschränkte, hat die Reichsregierung einen sehr wichtigen Beschluss gefaßt, der für die Gesamtbewohlung, insbesondere der Lohnarbeiterklasse von außerordentlicher Bedeutung und Wirkung lenkt wird. Dem Vorwärts vom 28. Juni, Morgenausgabe, entnehmen wir darüber folgendes:

„Die Eisenbahnerbewegung wird von der Regierung mit allem Ernst behandelt. Sie hat sich entschlossen, die Forderungen der Eisenbahner und Beamten, die ja bekanntlich unerfüllbar sind, mit Gegenentwürfen zu beantworten, deren Wirkungen, wenn sie angenommen werden, dem ganzen Volke zugute kommen. Heute schon die Eisenbahnerarbeiter bei Beginn der Verhandlungen betont, daß ihnen eine Heraussetzung der Lebensmittelpreise ebenso lieb sei, wie eine Heraussetzung der Gehälter, so sehr man ihr vertraut, nachdem die Lohnbelastungen als unerträglich erwiesen waren, eine Herabsetzung der wichtigen Lebensmittelpreise vorzunehmen. Auch diese kommt nicht auf Reichs- oder Staatskosten erfolgen, darum hat man sich in der Regierung darauf geeinigt, daß Reich, Staat und Gemeinde gemeinsam die Mittel aufzubringen sollen, um eine starke Senkung der Preise für die traglichen Lebensmittel zu bewirken. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß man bereits mit Ende nächster Woche auf Lebensmittelsteuerungen zu den herabgesetzten Preisen rechnen kann. Hierzu sind Zusätze für die nächsten 3 Monate von insgesamt bis zu einem halb Milliarden nötig. Ihr Erfolg würde sein, daß die Ersparnis für eine fünftägige Familie in der Woche 25 bis 30 Mark ausmachen würde.“

Wir geben nachstehend in Form einer Tabelle die verschiedenen Preisentwicklungen für Auslandslebensmittel wieder:

Menge pro Woche	Preis pro Pfund und Kopf	bisher	künftig
Kochmehl	1/2 Pfund	2.20	0.80
Ausl. Fleisch, je nach Ort	100—250 g	11.—	4.50
Reis	1/4 Pfund	3 bis 3.40	2.40
oder Hülsenfrüchte	1/4 "	4.50	2.50
Spez	1/4 "	7.70	4.—

Außerdem soll der Preis für Kartoffeln, ganz gleich ob es sich um Inlandskartoffeln oder um die nur sehr teuer zu importierenden ausländischen Frühkartoffeln handelt, von bisher 25—30 Pf. auf 12—13 Pfennig herabgesetzt werden.

Die Berichtigungen einer solchen Preisherabsetzung gehen schon seit längerer Zeit, sind also nicht erst durch den Streik veranlaßt worden. Nur war dieser Plan bisher auf den Widerstand des bislangen Reichsfinanzministers Dernburg gestoßen. Diese Bedenken sind vom neuen Finanzministerium fallen gelassen worden.

Ganz besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die bisher außerordentlich teuren Auslandslebensmittel nunmehr für das ganze Volk verbilligt werden sollen. Damit würde auch für eine ganze Reihe von andern Gewerbeberufen der Grund für weitere Bahnbewegungen, soweit er in den hohen Preisen der rationierten Lebensmittel zu suchen ist, hinfallig werden. Eine Steigerung der Einfuhr kann bis jetzt noch nicht zugesagt werden, es ist aber zu erwarten, daß auch diese mit allen Mitteln angestrebt wird.

Dieser Regierungsbeschluß wird noch seiner Verwirklichung sich auf die Streikbewegung von heutiger Wirkung sein, auch in unserem Beruf. Auch auf anderem Gebiet wird der Erfolg nicht ausbleiben.

(Preiszettel.) Besonders ist nur, daß die Regierung erst stets vor vollendete Tatsachen gestellt werden muß, ehe sie mit solchen wichtigen Beschlüssen heraustritt. Es muß dann immer eigentlich an, wenn gesagt wird, daß der Plan schon längst vorgesehen habe. Dieses Moment wird von gewissen und unverantwortlichen Drahtziehern, die den wirtschaftlichen Verzweigungsaltären (Streiks) der Arbeiterschaft gegen einen andern Ausgang wünschen, zu sehr ausgenutzt. Die besonnenen Elemente in der Arbeiterschaft werden jedenfalls aufstehen, wenn der Beschluß in die Tat umgesetzt ist.

Sind bei einer Abtrennung bisher deutschen Gebiets vom Reich die Lebensversicherungsverträge gefährdet?

Dem Organ der „Volksfürsorge“ entnehmen wir nachstehende Notiz, die gewiß einem Teil unserer Mitglieder, sowohl an die Sache interessiert sind, die wichtigste Aufklärung bringt.

Angesichts des Vertrages Friedens, der eine Lösung in die Teilung zum Deutschen Reich gehörende Verträge, wie preußische und bayerische, in den Kreisen der Deutschen Partei häufig angesprochen werden, auf, welches Schicksal ihre bei deutscher Lebensversicherung, d.h. den staatlichen Versicherungen haben werden. Es hat Verhandlungen laut geworden, die abgeschlossenen Verträge würden außer Kraft gesetzt werden, und die eingezahlten Preämien von den versichernden Gesellschaften und unbekannt sind. Voransgesetzt, daß er auch weit ihm keinen Verlust bringt, insbesondere auf Zahlungen der Brüder, nachdem es den Bewohnern der abgetrennten Gebiete gelaten sein wird, neue Versicherungsverträge mit den nach der Abtrennung ausländischen deutschen Versicherungsgesellschaften einzuschließen, hängt von der Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten ab. Selbst wenn der Zustand vor dem Kriege, der in den meisten Ländern ausländischen Versicherungsgesellschaften den Bereich ihrer Geschäftsführung der laufenden Versicherungen, die Einziehung der Beiträge durch die bisherigen Organe, die Auszahlung der Versicherungssummen ist, angerichtet. Dieser Grundstein vor dem Krieg, bevor der Friede abgeschlossen wurde, in den durch Frankreich befreiten Teilen Amerikanierung gefunden. Ein Erlass der französischen Regierung setzt die abgeschlossenen Versicherungsverträge in Kraft und gestaltet die Abwicklung aller sich hierauf beziehenden geschäftlichen Vorfälle.

Den Versicherungsnahmen kann daher nicht dringend genug geraten werden, ihre Brüder und Beiträge in der bisherigen Weise weiterzuzahlen und damit die Antwortfahrt auf die Versicherungsumme sich zu erhalten. Ebenso ist denjenigen Personen, die bislang noch nicht versichert haben, anzuraten, dies schamlos der Volksfürsorge nachzuholen.

Korrespondenzen.

Beuthen (O.Sch.). Am 19. Juni tagte hier im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung. Die erste, welche nach dem Kriege wieder abgehalten werden konnte, da unsere Zahlstelle infolge des Krieges sehr zusammengeschmolzen war. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Stanjura als Vorsitzender, Bonnici und Kraatz als Beisitzer und der Kollege Pauli als Kartelldelegierter. In der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich auch die jüngeren Kollegen lebhaft, was als Beweis anzusehen ist, daß auch sie den Wert der Organisation begriffen haben. Als erfreuliches Zeichen ist auch der steile Mitgliederzuwachs in unserer Zahlstelle anzusehen. Nach einem kräftigen Schlusswort des neu gewählten Vorsitzenden, fehlt zum Verband zu halten und auch die unserer Organisation nach fernstehenden Kollegen in unsere Reihen zu führen, wurde der Volksfürsorge nachzuholen.

Dimitz-Thunis. In der am 25. Ju. von der Oberverwaltung nach Thunis einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende einen Bericht über den Verlauf der eingereichten Steuerungsforderung. Es wurde dem Vorsitzenden und einem dazu bestimmten Kollegen Vollmacht erteilt, gegebenenfalls die Sache vor dem Schlichtungsgericht zu vertreten. Doch eine Entscheidung behält sich in dieser Angelegenheit die Arbeiterschaft letzten Endes noch vor und soll diese, wenn es sein muß, in einer Versammlung fallen. Hierauf referierte der Vorsitzende über Wahl und Aufgaben der Arbeiterausschüsse und wurde von diesen verlangt, daß die Kollegen in den Ausschüssen ihre Aufgabe und Rechte energisch verwalten. Der in letzter Versammlung zurückerstellte Punkt, Wahl eines Volksangeleiteten für die Zahlstelle, ist auch der stetige Mitgliederzuwachs in unserer Zahlstelle anzusehen. Nach einem kräftigen Schlusswort des neu gewählten Vorsitzenden, fehlt zum Verband zu halten und auch die unserer Organisation nach fernstehenden Kollegen in unsere Reihen zu führen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dimitz-Thunis. In der am 25. Ju. von der Oberverwaltung nach Thunis einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende einen Bericht über den Verlauf der eingereichten Steuerungsforderung. Es wurde dem Vorsitzenden und einem dazu bestimmten Kollegen Vollmacht erteilt, gegebenenfalls die Sache vor dem Schlichtungsgericht zu vertreten. Doch eine Entscheidung behält sich in dieser Angelegenheit die Arbeiterschaft letzten Endes noch vor und soll diese, wenn es sein muß, in einer Versammlung fallen. Hierauf referierte der Vorsitzende über Wahl und Aufgaben der Arbeiterausschüsse und wurde von diesen verlangt, daß die Kollegen in den Ausschüssen ihre Aufgabe und Rechte energisch verwalten. Der in letzter Versammlung zurückerstellte Punkt, Wahl eines Volksangeleiteten für die Zahlstelle, ist auch der stetige Mitgliederzuwachs in unserer Zahlstelle anzusehen. Nach einem kräftigen Schlusswort des neu gewählten Vorsitzenden, fehlt zum Verband zu halten und auch die unserer Organisation nach fernstehenden Kollegen in unsere Reihen zu führen, wurde die Versammlung geschlossen.

Großstettin. Am 31. Mai tagte unsere Monats-Versammlung. Der Vorsitzende mußte leider feststellen, daß der Besuch zu wünschen übrig ließ und daß es fast immer nur die länger organisierten Verbandsmitglieder sind, die erscheinen. Ob sich die übrigen noch vor ihrem Arbeitgeber scheuen? Diese Beklemmungen sollen nun wohl endgültig vorüber sein! Die Abwesenden beschlossen, die angestrebte Kurzzeit auch für die Zahlstelle zum Besuch zu erheben. Ferner wurde von der geplanten, erneuten Steuerungszulage (100 Proz.) mit Beifriedigung Kenntnis genommen. Der Tarif des Bahnhofsbaldes ist sehr aufbesserungswürdig. Zum Schlus wurde verlangt, daß der Versammlungsbetrieb künftig ein besserer werde; damit die Arbeit für die Allgemeinheit auch mehr Freude mache.

Erfurt. Am Mittwoch, dem 11. Juni, tagte hier unsere Monatsversammlung. Die Tagesordnung lautete: Aufnahme neuer Mitglieder, Wahl eines neuen Kassierers und Beratung über eine Einzelne, um eine zeitgemäße Steuerungszulage, ferner Verschiedenes. Bei Aufnahme neuer Mitglieder war die Versammlung der Meinung, daß bei Neuaufnahmen von Kollegen, dieselben zwecks Aufnahme in der Versammlung zu erscheinen haben, da in letzter Zeit ohne Versammlungsteilnahme Elemente aufgenommen wurden, die entweder nur einen Aufnahmestchein ausfüllten, oder ein paar Marken klebten, und dann, ohne sich abzumelden, und ihren sonstigen Verpflichtungen nachzulommen, abreisen. Daraus ergab sich, daß wir wohl die Betreffenden auf dem Papier hatten, aber den Erfurter Kollegen sonst unb

bis 90 M. auf 120 M. Den Kollegen ist nochmals zugurufen, treu zum Verband zu halten und ein geschlossenes Ganze zu bilden. Durch den vorerstigen Austritt aus dem künstlerischen Verband in den reinen Verband, der durch den vertraglichen Februarstreit unter der Verung des wünschbaren Verbandes veranlaßt wurde und die unswohl die Arbeit wieder aufzunehmen ohne einen Erfolg können. Die Kollegen lebt auf einen wirtschaftlichen Erfolg zurückbliden und hoffen auch eine nachdrückliche Beteiligung, die weiß, was sie will.

Rundschau.

Die Abstimmung im Zentralverein der Bildhauer Deutschlands hat folgendes Resultat ergeben: An der Abstimmung beteiligten sich von 3069 Mitgliedern 2538, gleich 82,6 Prozent. Gültige Stimmen waren 2371, ungültig 68. Es stimmten für Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband 1912 Mitglieder, an den Steinmetzerverband 94, an den Bergarbeiterverband 54, für Fortbestand des Zentralvereins 411. Die vom Statut vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit ist bei dieser Abstimmung weit überschritten worden, und wird nun der in Würzburg stattfindende Verbandsstag endgültig darüber beschließen.

Lohn und Sterblichkeit. Interessante Zahlen über die Zusammenhänge zwischen Lohn und Sterblichkeit bringen uns die Feststellungen, die Heide in Hamburg gemacht hat. Danach war die Sterblichkeit der an eingesetzten Krankheiten Erkrankten bei denen, die über 3000 M. Jahreseinkommen hatten, bedeutend geringer, als bei denen, die weniger hatten. Die Gegenjäge waren nämlich bei Kaufleuten 11 und 25 Proz. bei Mätern 6,4 und 0,5 Proz., bei Handwerker 12,6 und 2,5 Proz. bei den Gelehrten 14,9 und 4,2 Proz. Wie ein Arbeiter nach solchen immer wieder getroffenen Feststellungen über die engen Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Gesundheit und Sterblichkeit dem gewerkschaftlichen Kampf noch herabreden kann, ist uns unverständlich. Wie viele von unsreien Studenten z. B. werden den Studien noch obigen Feststellungen nicht erlesen sein, wenn all die Tausende, die jetzt in unseren Reihen leben, noch bereits ruhen unter dem Kampfe angegeschossen haben. Daraus seien auch die heute noch fernstehenden nicht länger zögern, sondern mit uns kämpfen für soziales Glück.

Beruf und Studiengefahr. Es wird meist angenommen, daß in die Mittel der Neuverträge sind und darum eine Verbreitung der Gewerkschaftsberufsbücher Prof. Dr. Lenk weist in der Leidenschaften Berufsbücher darauf hin, daß ein großer Teil von Angestellten verfügt über qualifizierte Körperbeherrschung geprägt ist, aber doch Gewerkschaftsarbeit auszuüben und so zu gefunden keinerlei wird. Wenn behauptet werden, die von einer Krankheit Gebelebten runden mehr Monate und Jahre lang, so ihr Leben lang die Krankheitscurare und werden sie zu Dauerkranken. Die Gefahren der Anstellung sind darum größer als man allgemein annimmt und darum ist es dringend erforderlich, daß die Menschen durch adäquate soziale Versicherung widerstandsfähig und damit unempfänglich für die Anstellung werden. Dazu gehören gesunde Arbeitsräume, vor allem ländliche Räume, genügende Lüftung und gute Belichtung. Sind diese Bedingungen erfüllt, dann ist den Anstellungsbedingungen zum großen Teil die Möglichkeit zur Verbreitung genommen.

Der arbeitende Nachwuchs und der Gewerkschaftskampf. In der Kinderärztlichen Nachwuchskonferenz (1919, Nr. 24) bringt Prof. Dr. Eugen Schleisinger, Frankfurt a. M. eine Arbeit über Nachwuchs und Gewerbe der Kinder und der heranwachsenden Jugend. Danach treten alle jugendlichen Alter vom Säuglingsalter in eins Gewerkschaftsbuch in der Kreiszeit auf. Besonders groß war sie bei den Lehrkindern, bei denen der Gewichtsverlust 2-3 Kilogramm betrug. Prof. Schleisinger beharrt ausdrücklich, daß dieser Rückgang nur zum Teil auf einen weiteren Zeitverlust, in der Schule bisweilen auf die Heranziehung und Verlangsamung des Klassenaufbaums zurückzuführen sei. Wenn der erwartende Nachwuchs gegen früher von vornherein in der Weise gehäuft ist, dann werden in der neuen arbeitenden Generation all die vielen Verunsicherungen noch deutlicher in die Erscheinung treten, wie es schon in der heutigen Arbeitergeneration der Fall ist, wenn wir in unserer gewerkschaftlichen Kampf nicht eintreten für eine durchgreifende soziale Sicherung.

Ein neues Landes-Bauarbeiterberufsgesetz für Sachsen. Wie der Sozialdemokratische Ausschuß der Generalversammlung mitgeteilt wurde, ist unter dem 21. März dieses Jahres für Sachsen durch eine Verordnung "den Schutz der bei Bauarbeiten beschäftigten Personen gegen Arbeitsunfälle betreffend" erlassen worden. Diese Verordnung um 115 Paragraphen zerfällt überwiegend in 26 Teile und gibt eine ausführliche Übersicht über den Bau von Brücken, von der Ausführung von Beton-, Eisenbetonarbeiten, Eisenbahn- und Eisenbahnen, Akzessorien, Gebäuden und Wohnungsbau usw. Der wichtigste Teil ist die Überwachung der Einhaltung der "Säuberkodizes". Die Arbeitstellen sind aufzuteilen von besonderen angeordneten Baukontrollen zweckmäßig einmal, später größerer Bauten zweckmäßig einmal, so häufig Bauten in Landgemeinden nach je 14 Tagen, ohne vorherige Anmeldung durch die Aufsichtsräte zu benötigen. Die Überwachung ist zunächst Aufgabe der Ortsaufsichtsräte und der Ortsbauaufsichtsräte. Sieben sind jedoch Verderb behalten oder Bauaufsichtsräte beizugeben. Zu Bauaufsichtsräten sind vorrangig aus dem Kreis der Bauarbeiterkämpfen Personen zu berufen, welche durch längere Tätigkeit die nötigen Kenntnisse besitzen. Die Vorstände der Betriebsvertretungen der Bauarbeiter sind hier bei der Ausübung in einer Linie zu berücksichtigen. Die landesweite Bauarbeiterordnung hat die Bauarbeiten vom 29. Februar 1924 in damit auger Kraft gesetzt.

Verlautmachungen des Zentralvorstandes.

Zusatzzettel gesucht.

Der Zentralvorstand beschließt im Namen für das Bauarbeiter-Dienstleistungsbüro einen Antrag angetreten mit dem Titel in Kürze: Bediensteten und:

Geben es 5 Jahre Berstandsmitglied, Tarifkennzeichnung, rechtliche Beleidigung erwünscht, Gewinn in unserer Vermögensverteilung notwendig, bestanden werden, die sich bewerben wollen, müssen sie bis 30. Juli mit der dauernden Bewerbung für Sachsen an den Sonderausschuss, Büro Städtinger, Leipzig, Seite 32, bis 1. IV. reichen. Die Bewerbung ist beizufügen, nach Berstandsmitgliedsbuch und eine Abhandlung über die zu führenden Arbeiten der Gewerkschaften und die eines Zusatzzettels.

Die Zusatzzettel sind zu unterschriften und zu untersetzen, ebenso wie die Berstandsmitgliedsbücher und die Abhandlungen. Gebahrt und der Sonderausschuss der Gewerkschaften und Dienstleistungsbüro sind zu untersetzen.

Es ist zu schreiben: Ich habe die Abhandlung und die Zusatzzettel unterschrieben und die Abhandlung nach oben und mit Unterschrift untersetzen, die Zusatzzettel nach unten untersetzen.

Es ist zu schreiben: Ich habe die Abhandlung und die Zusatzzettel unterschrieben und zwar für die einzelnen Gewerke, ebenso wie die Zusatzzettel.

Es ist zu schreiben: Ich habe die Abhandlung und die Zusatzzettel unterschrieben und zwar für die einzelnen Gewerke, ebenso wie die Zusatzzettel.

Es ist zu schreiben: Ich habe die Abhandlung und die Zusatzzettel unterschrieben und zwar für die einzelnen Gewerke, ebenso wie die Zusatzzettel.

Es ist zu schreiben: Ich habe die Abhandlung und die Zusatzzettel unterschrieben und zwar für die einzelnen Gewerke, ebenso wie die Zusatzzettel.

gung in Frage kommen. Dieselben sind einzeln aufzuführen, nebst Angabe der Adressen.

6. Der Schlichtungsausschuß ist zu ersuchen, die Sache zu beschleunigen, weil sich die Kollegen in einer zu gebrechlichen wirtschaftlichen Lage befinden.

7. Dem Ausschuß ist ein tüchtiger Kollege in Vorschlag zu bringen, der auch sonst einen moralischen Holt hat, um als Beisitzer an der Sitzung teilnehmen zu können.

8. Wenn der Gauleiter verhindert ist, die Sache vor dem Ausschuß zu vertreten, dann muß ein tüchtiger Kollege der Ortsverwaltung die Vertretung übernehmen.

Betrifft Granitschleiferien.

In einigen Orten weigern sich die Unternehmer, neue Leistungszulagen zu gewähren mit dem Hinweis, daß der Abschluß des Reichslobtariffs für die Schleifereien vor dem Abschluß stande. Zur Zeit ist in Leipzig der Abschluß noch vollständig verschoben geworden, es wird wahrscheinlich nötig sein, die fristigen Qualte einem Schiedsgericht zu unterstellen. Deshalb können in den Schleifereien zahlstellen, wo die Vertragshinwendung abgelaufen ist, alle Lohnbewegungen weitergeführt werden, denn es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, wann der endgültige Abschluß erfolgt. Wenn wollen sich die Firmen vor neuen Zulagen drücken, eben mit dem Hinweis auf den zu schwäbischen Reichslobtariff. Die Zahlstellen haben natürlich die Verpflichtung, ihre Differenzpunkte vor den Schlichtungsausschuß zu bringen.

Zu der Bekanntmachung in den Nrn. 24, 25, 26 an dieser Stelle, daß ab 1. Juli der § 4, Absatz 2 des Status wieder in Kraft tritt, sind verschiedene Anträge eingegangen, die zeigen, daß einige Fassierer darüber im Unklaren sind. Der betreffende Absatz im Status lautet: "Jedes Mitglied hat im Kalenderjahr 52 volle Bodenbeiträge zu leisten. Im Falle der Erwerbslosigkeit dürfen im Kalenderjahr nicht mehr als 6 Erwerbslosenmarken a 20 Pf. geleistet werden" usw. Es müssen demnach vom 1. Juli bis Jahresabschluß mindestens 23 volle Beiträge entrichtet werden und dürfen während dieser Zeit höchstens 3 Erwerbslosenmarken geleistet werden. Für das 1. Halbjahr war infolge der Auflösungssitzung dieser Bestimmung die Zahl der zulässigen Erwerbslosenmarken unbekannt.

Betrifft Streitunterstützung:

Um den im Streit befindlichen Zahlstellen auch die Unterstützung rechtzeitig und regelmäßig senden zu können, muß der Verbandsvorstand verlangen, daß die Zahlstellenverwaltungen auch die Vorbereidungen dazu erfüllen!

Es ist notwendig, daß mit der Anforderung der ersten Unterstützungssumme eine Vorschlagsliste eingereicht wird mit Anzahl der am Streit beteiligten unterstützungsberechtigten Mitglieder, sowie Anzahl der Kinder. Es ist dies zu einer ordnungsgemäßen Fassierung notwendig. Auf die einfache Mitteilung: "Schide sofort Geld!" können wir solches nicht überweisen.

Die Wochenberichte müssen jede Woche bis spätestens Mittwochabend in unseren Händen sein, damit wir am Donnerstag die Gelder durch unser Postcheckkonto überweisen und die Zahlstellen am Sonnabend die Unterstützung auszahlen können. Wenn also die Auszahlung keine Verzögerung erleiden soll, ertücheln wir dringend, das Vorstehende zu beachten!

In einigen Orten weigert sich eine Minderheit von Kollegen, den beschlossenen Lokalzuschlag zu bezahlen. Wenn sich diese Kollegen den Beschlüssen der Zahlstelle nicht unterwerfen, so kann Abschluß aus dem Verbande erfolgen. Es ist sehr zu bedauern, daß es noch Kollegen gibt, die sich um die Entrichtung des Lokalzuschlages drücken wollen.

Adressenänderungen.

II. Gau.

Demitz-Thumis. Alle Sendungen für die Zahlstelle sind ab 1. Juli zu adressieren: I. W. Schuster, Bureau des Steinmetzvereins Oberhändel.

Bruthen (Oberh.). Vor.: Josef Stanjura, Tornowiger Straße 13. II.

III. Gau.

Erfurt. Kas.: Karl Hoff, Metallstr. 9. II.

IV. Gau.

Hannover. Vor.: Wilhelm Thammenheim, Amalienstraße 20. II. Kas.: Gustav Seibert, Schloßwendergarten 19. III.

V. Gau.

Ahrendorf a. d. Ruhr. Vor.: Ludwig Rappel, Nebertuhr 6. Ahrendorf (Westf.). Kas.: Heinrich Drömer, Königstraße 6. Siecle (Westf.). Ahrendorf, Straße 42.

Bonn a. Rh. Vor.: Theodor Römer, Engelstalstr. 32. Kas.: Heinr. Engelle. Borsberg 12.

Duisburg. Vor.: Johann Rommel, Unterstraße 58. Köln. Köln I und II bilden jetzt eine Zahlstelle. Kas.: Nikol. Knobbe, Pfeilstraße 37.

Quittung.

Vom 16. bis 28. Juni sind bei der Hauptstelle folgende Gelder eingegangen:

Arnsdorf 46,64, Gefrees 456,-, Königswalde 339,-, Gräfenthal 14,70, Schleiben 35, Giessen 3,50, Gießen 4,- und 16,50, Niederschlema 6,-, Stade 3,20, Cölnbrück 39,90, Blotzheim 6,-, Rottenheim 100,-, Jöbendorf 22,-, Friedensfelde 22,-, Lüding-Weisheit 58,47, Lüterschelfbach 24,77, Klipphausen 10,-, Brügge 10,-, Berlin 13,50, Bergenthal 11,20, Neber 3,50, Bitterberg 3,20, Obermendig 210,-, Mahn 800,-, Grimma 600,-, Döben 500,-, Gudensberg 616,-, Altenbergh 200,-, Halle a. S. 24,-, Körnerlaubnitz 401,-, Quedlinburg 169,50, Graudenz 11,-, Görlitz 10,-, Rudolstadt 4,90, Tegernau 3,10, Zittau 3,50, Halle 3,50, Braunschweig 9,80, Kaiserslautern 20,12, Aken 5,-, Überherrn 12,-, Überherrn 27,97, Beplast 190,-, Unterhelfsheim 14,50, Temnitz 171,60, Herbede 17,-, Trichendorf 36,95, Zobitz 10,03, St. Peter 13,-, Gräfe-Erida 9,20, Reichenbach 1,2,-, Dortmund 3,10, Karlsruhe 3,20, Seligenstadt 1,5,-, 15,10, Neustadt i. S. 7,-, Böhlitz 13,90, Bitzen 12,50, Böhlen 10,40, Warzen 11,00, Zehdenick 14,-, Langenselk 30,-, Goldberg 300,-, Bernsdorf 36,-, Bördewitz 161,80, Amslersdorf 20,-, Eudelsheim 160,-, Gräfenthal 26,-, Gräfenthal 266,56, Homberg 276,52, Lindenfelde 240,20, Bützberg 69,22, Schremsdorf 160,-, Friedensstadt 6,-, Leobschütz 3,40, Stade 3,20, Delmenhorst 3,10, Dasburg 3,10, Römis 2,5,-, Briesen 9,-, Eisendorf 23,50, Zeitz 2,25, Döbeln 2,50, Beurenborn 300,-, Gummersbach 60,-, Leibnitz 2,50, Beurenborn 300,-, Regensburg 14,-, Unterhelfsheim 11,50, Stade 109,20, Neustadt i. S. 3,10, 10,50, Berlin 214,68.

Literarisches.

Von der neuen Zeit ist in sofern das 12. Heft von 2. Band des 31. Jahrgangs erschienen. Bis zum Anfang des Hefts haben wir bereits zum zehnten Gewerkschaftsjahrgang. Von Hermann Küller (Berlin). — Die Marxische Klassenkampftheorie. Von Heinrich Gause. II. Bd. — Der 12. Jahrgang ist sozialistischer Staat. Von Dr. E. Schröder. — Die neue deutsche Revolution. Von Dr. E. Durkheim (Berlin). — Sozialistische Kündigung: Johann Herw. Der neue Bürgermeister. Von Dr. E.

Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Buchläden zum Preise von 6,50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 16 Pfennig.

Prokletarientheater steht jederzeit zur Verfügung.

Anzeigen

2 Steinmetzen auf Grabstein

sofort gesucht, auch für den Winter.

E. Brune Nachf., Stein- und Bildhauerei,

Lübbecke 1. W., Niedertorstr. 27

Stelle sofort für dauernd mit 2,45 Mark Stundenlohn

3 Schriftsteller,

1 Sandstein-Steinmetzen ein.

Otto Borwig, Stettin, Pasewalker Chaussee 20.

2 tüchtige Steinmetzen

sowie 1 Schriftsteller auf Granit

stellt sofort ein. Für genügende Verpflegung ist

gesorgt. Meldung bei

Krause, Ober-Schreiberhau (Riesengeb.)

Gelernter tüchtiger erfahrener Steinbruchs-Schmied

nicht unter 30 Jahre, für Grünsteinbruch in Sachsen sofort für große Schmiede gesucht. Muß mit Preßluftbohrern und vor allem mit dem Härteln von Steinbruchs-Werkzeug bestens vertraut sein.

Wohnung vorhanden. Nur mit obigem bestens verträute Bewerber können berücksichtigt werden.

Grünsteinwerk Niedercunnersdorf bei Löbau i. Sa.

Tüchtige Steinmetzen

für gestockte Denkmalarbeiten sofort gesucht. Stellung

dauernd bei Bezahlung nach Tarif.

L. Mayer, Steinmetzgeschäft, Steinbach in Baden.

4 tüchtige Steinmetzen

auf Hartgestein, für Grabdenkmäler in Diabas (Material wie belg. Granit) finden dauernde Beschäftigung.

Karl Boll, Steinmetzmeister, Friedberg i. Hessen.

Gesucht tüchtiger Marmorschleifer

für Schleudermaschine, der selbständig arbeitet und gute Politur liefert.

Johannes Schmidt, Hamburg 22, Käthnerort 32.

Tüchtiger Steinmetz

gesucht. Otto Staudte, Halle a. d. Saale.

Suche auf sofort noch mehrere

tüchtige Steinmetzen

für dauernde Arbeit. Stundenlohn 2,40 M.

W. Brüning